



# BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

11. JAHRGANG • NR. 69

APRIL 2012

## STANDPUNKT

- 2 NRW braucht eine klare rot-grüne Mehrheit

## WAHLKREIS

- 3 SPD-Frühjahresempfänge
- 3 Diskussion in Porz zur Netzpolitik am 3. Mai
- 4 Frühjahrsempfang des Bürgerbüros Porz
- 5 Verdächtiger Brief löste Großeinsatz aus

## KÖLN

- 6 Forum Bundespolitik mit Franz Müntefering
- 6 Dialogkreis Netzpolitik
- 6 Rat will höhere Lärmzuschläge am Flughafen

## NRW-LANDTAGSWAHL

- 7 Hannelore Kraft wirbt für Fortsetzung der erfolgreichen rot-grünen Koalition
- 8 Das Kandidatenteam der Kölner SPD zur Landtagswahl 2012

## BUNDESTAG

- 10 Joachim Gauck neuer Bundespräsident
- 11 SPD-Fraktion legt Dialogpapier zum Breitbandausbau vor
- 11 SPD für gesetzliche Absicherung des Presse-Grosso: Bundestagsrede von Martin Dörmann
- 13 Pressevielfalt: SPD will durch Mediendatenbank mehr Transparenz schaffen
- 13 Pressefreiheit: SPD für Stärkung von Medienangehörigen bei Ermittlungsmaßnahmen
- 14 Fiskalpakt: SPD fordert Wachstumsprogramm

- 14 Pflegekonzept der SPD-Fraktion
- 15 SPD für Abschaffung der Praxisgebühr

## INFOS UND IMPRESSUM

- 16 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2012, Büros, Impressum



Die SPD geht mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft als Spitzenkandidatin in den Landtagswahlkampf

## NRW-Landtagswahl

SPD-Programm und Kandidatenteam

Seite 7

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 3.4.2012

## NRW braucht eine klare rot-grüne Mehrheit

Liebe Leserinnen und Leser,

in den nächsten Wochen wird die NRW-Wahl im Mai die politischen Debatten bestimmen. Im Düsseldorfer Landtag ist nicht die Koalition von SPD und Grünen gescheitert. Gescheitert ist eine unverantwortliche Obstruktionspolitik von CDU, FDP und Linkspartei, die nicht am Wohle des Landes Nordrhein-Westfalen orientiert ist.

Hannelore Kraft hat NRW in den letzten zwei Jahren erfolgreich regiert. Sie hat die unsolide Haushaltspolitik von Herrn Rüttgers beendet, die Schulpolitik modernisiert und die Kommunen gestärkt. Und sie hat einen neuen, offenen und dialogorientierten Stil in der Landespolitik etabliert. Die Menschen schätzen das. Sie wissen, dass ihre Ministerpräsidentin ein offenes Ohr und Verständnis für ihre Sorgen und Anliegen hat.

Ein Jahr nach Fukushima hat ihr Gegenkandidat Norbert Röttgen als Umweltminister kaum etwas erreicht. Er hat viele Zeitpläne und Ankündigungen, aber wenig inhaltliche Entscheidung vorzuweisen. Die Energiewende droht so zu scheitern und zu eigentlich vermeidbaren finanziellen Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu führen.

Auch an anderen Stellen „glänzt“ die schwarz-gelbe Bundesregierung durch weitgehenden Stillstand, sei es beim Mindestlohn, der überfälligen Regulierung der Finanzmärkte oder bei den Verhandlungen um den Fiskalpakt. Die Bundesregierung hat es lange nicht wahrhaben wollen, jetzt aber eingeräumt, dass der Vertrag eine verfassungsändernde Mehrheit benötigt. Sie wird nur zustande kommen, wenn große Teile der Opposition für eine Unterstützung gewonnen werden.

Der Fiskalpakt ist umstritten und bleibt in seiner einseitigen Ausrichtung fragwürdig. Wir brauchen eine nachhaltige Konsolidierung der Staatshaushalte in der Eurozone. Diese kann aber nur tragfähig sein, wenn neben die Einsparungen eine Wach-

tums- und Investitionsstrategie zur Erneuerung der europäischen Wirtschaftskraft tritt, wenn die Kosten der Finanzmarktkrise gerecht verteilt sind und die Staaten auch auf der Einnahmeseite ihre Handlungsfähigkeit sichern. In den anstehenden Verhandlungen über die Zustimmung zum Fiskalpakt im Deutschen Bundestag wird aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion insbesondere zu reden sein über

- eine europäische Wachstums- und Investitionsinitiative,
- ein Programm zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit und
- einen klaren und verbindlichen Beschluss zur Besteuerung der Finanzmärkte.

Es zeigt sich immer klarer: Die schwarz-gelbe Koalition ist am Ende der Gemeinsamkeiten. Das Koalitionstreffen im März hat keine der wirklich

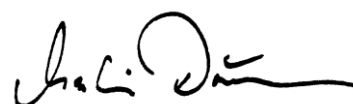
strittigen Fragen gelöst und viele Entscheidungen vertagt.

Beispiel Tarifeinheit: Die Koalition verschließt die Augen und lässt zu, dass die Tariflandschaft zerfleddert. Erst bei der Bahn, dann im Flugverkehr, demnächst im Gesundheitswesen. Seit einem Jahr fordert die SPD ein Gesetz zur Tarifeinheit. Wir sind im Bund und in den Ländern handlungsbereit. Mit dem Großteil der Gewerkschaften und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) besteht Einigkeit. Nur die Bundesregierung versagt vor der Realität.

Angesichts des schwarz-gelben Stillstandes in Berlin ist es umso wichtiger, dass Rot-Grün bei der NRW-Wahl eine klare Mehrheit erhält: für eine glaubwürdige Politik, die unser Land nach vorne bringt und niemanden zurück lässt.

Herzlichst

Ihr




## Frühjahrsempfänge der SPD

### NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider beim SPD-Stadtbezirk Innenstadt

„Ein wunderschöner Sonntag.“ Mit diesen Worten eröffnete **Tim Cremer** als Vorsitzender den diesjährigen Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Innenstadt, der Ende März im Forum der Volkshochschule im Rautenstrauch-Joest Museum stattfand.



Direktor **Professor Klaus Schneider** hob in seiner Begrüßung das langjährige Engagement der Kölner SPD für sein Haus hervor. **Guntram Schneider**, NRW-Minister für Arbeit, Soziales und Integration, war als Hauptredner in das Herz von Köln gekommen, um über die von ihm verantworteten Politikbereiche zu sprechen. Dabei betonte er beispielsweise die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn und gleicher Bezahlung für Frauen. Kurze

Reden hielten auch **Martin Dörmann** und **Stephan Gatter**. Am kalten Buffet kamen die rund 140 Gästen aus Vereinen und Institutionen mit ihnen und den weiteren SPD-Mandatsträgern ins Gespräch, darunter der Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Köln **Martin Börschel** und **Rudolf Reiferscheid**, Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung Innenstadt. Hinzu gesellten sich weitere vier der sieben Kölner SPD-Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag: **Ingrid Hack**, **Gaby Hammelrath**, **Lisa Steinmann** und DGB-Vorsitzender **Andreas Kossiski**.



*Lisa Steinmann, Martin Börschel, Guntram Schneider, Lale Akgün, Tim Cremer, Stephan Gatter, Andreas Kossiski, Gabriele Hammelrath, Martin Dörmann (v.l.)*

### Frühjahrsempfang des SPD-Ortsvereins Rath-Heumar am 6. Mai

Der SPD-Ortsverein Rath/Heumar lädt am Sonntag, den 6. Mai 2012, ab 10:00 Uhr alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich zum diesjährigen Frühjahrsempfang ein.

Gastredner wird **Norbert-Walter-Borjans** sein. Neben dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden **Oliver Kreams**

stehen die Mandatsträger aus Bund und Land, **Martin Dörmann** und **Jochen Ott**, Vorsitzender der KölnSPD und Landtagskandidat, in lockerer Runde zum Gespräch zur Verfügung. Veranstaltungsort ist das Bürger- und Vereinszentrum Rath/Heumar, Rösrather Str. 603, 51107 Köln.

## Öffentliche Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Porz-Mitte

### Sozialdemokratische Netzpolitik

### Wie sichern wir Freiheit und Recht im Internet?

Vortrag und Diskussion mit:

**Martin Dörmann, MdB**

**Donnerstag, 3. Mai 2012, 20:00 Uhr**

**Haus Knott, Friedrich Ebert Ufer 52, 51143 Köln**

Netzthemen gewinnen in der politischen Debatte immer mehr Bedeutung. So hat der Bundestag vor rund zwei Jahren eigens eine Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ eingesetzt.

Wie arbeitet und positioniert sich die SPD im Bereich Netzpolitik? Hierüber will der Ortsverein mit **Martin Dörmann** und interessierten Gästen diskutieren.

## Frühjahrsempfang des Bürgerbüro Porz

### Bilderausstellung mit Werken von Carola Metzen

Am 16. März fand der diesjährige Frühjahrsempfang von **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** unter ungewöhnlichen Umständen statt. Nachdem einige Tage zuvor ein verdächtiger Brief einen Großeinsatz von Polizei und Feuerwehr zur Folge hatte, waren die Räumlichkeiten des Bürgerbüros zu Beginn des Empfangs noch polizeilich versiegelt (siehe Artikel auf der nächsten Seite).



Bei bestem Frühlingswetter, zu Köstlichkeiten vom Grill und kalten Getränken, eröffneten die beiden die Feierlichkeit deshalb im Hinterhof des Büros. Sie dankten ihren Angestellten für deren Einsatz, diesen Empfang trotz widriger Umstände stattfinden zu lassen und sprachen natürlich auch über die bevorstehende Landtagswahl in NRW, bei der Jochen Ott erneut als Kandidat antreten wird.

Verbunden war der Empfang wieder mit einer Aus-



stellungseröffnung, diesmal mit Bildern von **Carola Metzen**. Die Porzerin begann vor 6 Jahren nach einem Volkshochschulkurs ihre Liebe zur Malerei zu entdecken. Seitdem malt sie vornehmlich auf Leinwand mit Acrylfarbe und Spachtelmasse. Ihre Motive reichen dabei von Landschaften, über abstrakte Formen bis hin zu Stillleben.

Vom Vorsitzenden der Familien-Zeltgemeinschaft „Am Langer Lido“ **Johann Klemm** wurde Martin Dörmann aufgrund der langjährigen Verbundenheit als Ehrenmitglied aufgenommen und eine Ehrenurkunde überreicht.

Schließlich gab es noch eine besondere Überraschung für die zahlreich erschienen Gäste, darunter Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll** und mehrere Mitglieder der SPD in Rat und Bezirksvertretung. Der diesjährige Porzer Karnevalsprinz **Ulf Florian** zückte seine Gitarre und stimmte sein inzwischen über den Stadtbezirk hinaus bekanntes Prinzenlied „Dat ess Porz“ an, bei welchem alle begeistert mit einstiegen.

Nach der endgültigen Entwarnung seitens der Polizei wurde daraufhin das Siegel entfernt und die neue Ausstellung im Bürgerbüro eröffnet.

Der Empfang brachte interessante Diskussionen und heitere Gespräche bis in die Abendstunden. Am Ende waren sich alle einig: Der Hofempfang war bei weitem keine Notlösung, sondern eine wundervolle Einstimmung auf den Frühling.





Mit Erlaubnis der Polizei konnte die versiegelte Tür des Bürgerbüros nach drei Tagen endlich geöffnet werden

## Milzbrandalarm im Bürgerbüro bestätigte sich nicht

### Verdächtiger Brief löste Großeinsatz von Polizei und Feuerwehr aus

*Tim Cremer und Nadesha Klugiewicz betreuen das Wahlkreisbüro von Martin Dörmann in Porz und schildern an dieser Stelle ihre Sicht der Geschehnisse:*

Am 13. März mittags erreichte uns ein an Martin Dörmann adressierter ungewöhnlicher Brief mit offensichtlich körnigem Inhalt und der Aufschrift „Wichtige Informationen zur 15. Bundesversammlung“. Nach Rücksprache mit dem Abgeordneten entschlossen wir uns gemeinsam mit unserer Kollegin Marion Tillmann, die für Jochen Ott im Gemeinschaftsbüro zugegen war, die Polizei zu informieren.



Als die eingetroffene Polizei den Brief öffnete, fielen neben einigen anderen kuriosen Dingen Sand, Schrotkugeln und ein kleines Briefchen heraus. Dessen Inhalt machte nicht nur die Polizisten misstrauisch: ein weißes Pulver.

Umgehend wurde der Umweltdienst der Feuerwehr für eine erste Einschätzung der Lage hinzugezogen. Als dieser jedoch kein eindeutiges Urteil fällen konnte, blieb nichts anderes übrig, als einen Großeinsatz einzuleiten. Es bestand Verdacht auf einen Milzbrandanschlag.

Allen Anwesenden wurde es etwas flau im Magen, als kurz darauf zahlreiche Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr und Polizei die Hautstraße in Porz großräu-

mig sperrten und wir darüber informiert wurden, dass wir nun „evakuiert“ werden sollten.

Männer in Gasmasken und Schutzanzügen erklärten uns, wir müssten all unsere persönlichen Gegenstände zurücklassen und in luftdichte Behälter verstauen, unsere Kleidung ausziehen, uns desinfizieren und dürften erst dann den Einsatzort in bereitgestellten Trainingsanzügen verlassen. Wir fühlten uns wie in einem Katastrophenfilm, als wir uns am frühen Abend endlich irgendwie auf den Weg nach Hause machen konnten

In den nächsten Tagen warten wir ab, was die Untersuchungen der Substanz, welche in das Robert-Koch-Institut nach Berlin geschickt wurden, ergeben würden. Wir waren erleichtert, als am Freitag nach drei Tagen der Ungewissheit Entwarnung gegeben wurde und wir unsere persönlichen Sachen zurück bekamen.



weniger. älter. bunter.

## Das Miteinander der Generationen - den Demographischen Wandel gestalten.

Vortrag und Diskussion mit:

**Franz Müntefering, MdB**

**Dienstag, 29. Mai 2012, 19:00 Uhr**

Großer Saal, DGB Haus Köln,  
Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln



Die demographische Entwicklung ist eine beachtliche Größe bei der Planung langfristiger Finanzierbarkeit von Daseinsvorsorge und sozialer Sicherung. Sie ist auch eine Chance für neuen Fortschritt und neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Kreative Lösungen für gutes Wohnen, gelungene Zuwanderung, soziale Sicherheit auf hohem Niveau und Gesundheit können nur gemeinsam gefunden und umgesetzt werden. Hierzu hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Strategiepapier vorgelegt, an dem **Franz Müntefering** mitgewirkt hat. Mit ihm will das von **Martin Dörmann** geleitete „Forum Bundespolitik“ darüber diskutieren, wie das „Miteinander“ in Zukunft besser organisiert werden kann.

## Dialogkreis Netzpolitik

### „Mit welcher Währung zahlt man im Netz?“

Mitte März traf sich erneut der von **Martin Dörmann** initiierte „Dialogkreis Netzpolitik“. Die Veranstaltung in den Räumlichkeiten von Kalaydo in Köln-Braunsfeld stand diesmal unter dem Thema „Mit welcher Währung zahlt man im Netz?“. Gastredner des Abends war der Web-Banking Experte und Sprecher des Vorstandes der Fidor Bank AG **Matthias Kröner**. Unter den Gästen befanden sich wieder zahlreiche Experten aus Politik, Wirtschaft und der Medienbranche.

Vor dem Hintergrund der Banken- und Finanzkrise sowie der rasanten Entwicklungen im Internet er-

läuterte Matthias Kröner neue Konzepte und Erwartungshaltungen für das Bankgeschäft im Netz.

Die Schere zwischen den Bedürfnissen und Ansprüchen der Kunden und den angebotenen Möglichkeiten ist nach seiner Auffassung zu weit auseinandergegangen. Zentral sei Vertrauen. Geld beziehungsweise geldwerte Mittel seien nichts anderes als das Vertrauen, für diesen Gegenstand etwas Wertgleiches zu erhalten. Vertrauen müsse von den Banken erst wieder erzeugt werden. Unabdingbar hierfür sei stärkere Kundenorientierung und Transparenz.

## Rot-grüner Ratsantrag

### Lärmzuschläge am Flughafen sollen Fluglärm reduzieren

Die Geschäftsleitung der Flughafen Köln/Bonn GmbH soll nach dem Willen des Kölner Rates zügig durch veränderte Gestaltung der Lande- und Startentgelte eine deutliche Verminderung der Fluglärmemissionen herbeiführen – insbesondere während der Nachtzeit zwischen 22 und 6 Uhr. Lärmzuschläge, wie sie an anderen deutschen Großflughäfen, wie etwa Hamburg und Frankfurt, gelten, sind ebenfalls in die Erwägung einzubeziehen. Die CDU sprach sich dagegen aus.

Mit dem gleichen rot-grünen Antrag wurde Bundesverteidigungsminister **Thomas de Maizière** aufgefordert, das Angebot an die Kanadische Regie-

rung zurückzuziehen, ein Luftdrehkreuz der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn einzurichten. SPD-Fraktionschef **Martin Börschel**: "Ziel muss es sein, jegliche zusätzliche Belastungen der Anwohner, insbesondere in der Nacht, zu vermeiden, um die Akzeptanz der Bevölkerung für den wirtschaftlich absolut notwendigen Flugverkehr nicht zu gefährden."

Zudem hat sich Rot-Grün in dem am 27. März verabschiedeten Antrag für die Verlagerung des Fernlinienbusbahnhofs vom Breslauer Platz an den Flughafen Köln/Bonn ausgesprochen.

## „NRW auf gutem Weg“

### Hannelore Kraft für Fortsetzung der erfolgreichen rot-grünen Koalition

Die SPD geht mit Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** als Spitzenkandidatin in die Landtagswahl am 13. Mai. Auf der Landesdelegiertenkonferenz am 31. März erhielt sie ein fast einstimmiges Votum der Delegierten (99,3 Prozent).

Hannelore Kraft warb in ihrer Rede für die Fortsetzung der erfolgreichen rot-grünen Regierungskoalition: „Wir haben das gehalten, was wir versprochen haben!“, lautete Krafts Kampfansage zu Beginn ihrer einstündigen Rede.

Die Richtung ist klar: „Diese SPD ist ein Team“ und „unser Wahlkampf ist nah bei den Menschen“.

Zentrales Thema im Wahlkampf ist die Kinder- und Familienpolitik. Die Abschaffung der Studiengebühren und das beitragsfreie letzte KiTa-Jahr wurden als erste Teilerfolge gefeiert.

Denn laut Kraft kann nur durch eine solide Sozial- und Bildungspolitik das Land Nordrhein-Westfalen gestärkt werden. „Vorbeugen ist besser als heilen!“, ist die Parole mit der nicht nur der Wirtschaftstandort NRW gefördert werden soll. Denn eine effektive Bildungspolitik, in der kein Kind zurückgelassen wird, fördert nachhaltig den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fortschritt des

Landes.

Dabei hat Kraft auch die Kommunen im Auge, die nicht weiter durch sinnlose Einsparungen an falscher Stelle belastet werden sollen.

Am selben Tag hat der Landesparteitag das Wahlprogramm der SPD verabschiedet. Schwerpunktthemen sind Bildung, Kinder und Kommunen.

Die Sozialdemokraten in NRW wollen an ihrem bisherigen Kurs festhalten.

Ziel ist es, noch weitere KiTa-Jahre kostenfrei zu machen und an der Abschaffung der Studiengebühren festzuhalten. Familien und Studierende dürfen nicht weiter belastet werden.

Auch die Förderung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen steht im Vordergrund des Wahlprogramms. Dringend benötigtes Budget für Lehrer und den öffentlichen Dienst soll an anderer Stelle eingespart werden.

Auch der gesetzliche Mindestlohn, sowie die Förderung von Handwerk und Mittelstand sind zentraler Bestandteil des Wahlprogramms.



→ Das vollständige SPD-Wahlprogramm kann heruntergeladen werden unter:

[www.martin-doermann.de/live/wp-content/uploads/2012/04/Wahlprogramm-Landtagswahl-2012.pdf](http://www.martin-doermann.de/live/wp-content/uploads/2012/04/Wahlprogramm-Landtagswahl-2012.pdf)



**Das Kandidatenteam der Kölner SPD zur Landtagswahl am 13. Mai**

Jochen Ott, Lisa Steinmann, Stephan Gatter, Ingrid Hack, Andreas Kossiski, Gabriele Hammelrath, Martin Börschel (v.l.)

Landtagswahlkreis		SPD-Kandidat/in
13 Köln I	Rodenkirchen, südliche Innenstadt	Ingrid Hack
14 Köln II	Stadtbezirk Lindenthal	Lisa Steinmann
15 Köln III	Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen	Gabriele Hammelrath
16 Köln IV	Chorweiler, Riehl, Niehl, Weidenpesch, Longerich, Mauenheim	Andreas Kossiski
17 Köln V	Porz, Merheim, Brück, Rath/Heumar	Jochen Ott
18 Köln VI	Kalk, Vingst, Höhenberg, Ostheim, Neubrück, Humboldt/Gremberg, nördliche Innenstadt	Stephan Gatter
19 Köln VII	Stadtbezirk Mülheim	Martin Börschel

## Martin Börschel

### Stadtbezirk Mülheim (LWK 19 Köln VII)



- Geboren am 28. November 1972 in Köln; verheiratet, eine Tochter.
- Studium der Rechtswissenschaften mit Abschluss 2. Staatsexamen.
- Selbstständiger Rechtsanwalt.
- Seit 1990 Mitglied der SPD.
- Seit 1999 Mitglied des Rates der Stadt Köln.
- Seit 2002 Vorsitzender der Kölner SPD-Ratsfraktion.
- Seit 2005 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen.
- Vorsitzender im Unterausschuss "Personal" im Haushalts- und Finanzausschuss.
- Ordentl. Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss & Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform.
- Homepage: [www.martin-boerschel.de](http://www.martin-boerschel.de)

## Stephan Gatter

### Kalk, Vingst, Höhenberg, Ostheim, Neubrück, Humboldt/Gremberg, nördl. Innenstadt (LWK 18 Köln VI)



- Geboren am 9. Oktober 1955 in Gotha/Thüringen; verheiratet.
- Studium der Medizinischen Informatik, Geschichte und Ev. Theologie.
- Betriebsratsvorsitzender der Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH.
- Seit 1975 Mitglied der SPD.
- Seit 2000 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen.
- Sprecher des Ausschuss für Haushaltskontrolle & des parlamentarischen Untersuchungsausschuss II.
- Ordentl. Mitglied u.a. im Ausschuss für Haushaltskontrolle & Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.
- Homepage: [www.stephangatter.de](http://www.stephangatter.de)

## Ingrid Hack

### Rodenkirchen, südliche Innenstadt (LWK 13 Köln I)



- Geboren am 28. Juli 1964 in Köln.
- Studium der Germanistik, Geschichte und Politologie.
- Geschäftsführerin des Unterbezirks Köln der SPD (a.D.).
- Seit 1989 Mitglied der SPD.
- stellv. Vorsitzende des AWO-Kreisverbandes Köln und Vorsitzende des Vereins Kindernöte e.V.
- 2005-2010 Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen, Mitglied Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, Kulturausschuss & Enquete-kommission "Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten."
- Homepage: [www.ingrid-hack.de](http://www.ingrid-hack.de)

## Gabriele Hammelrath Ehrenfeld, Nippes, Bilderstöckchen (LWK 15 Köln III)

---



- 59 Jahre alt, in einer Lebenspartnerschaft, eine Tochter.
- Studium der Pädagogik, Psychologie und Soziologie mit dem Abschluss als Dipl.-Pädagogin.
- Leiterin des Amtes für Weiterbildung der Stadt Köln.
- Vorsitzende des Vereins „Lernende Region Netzwerk Köln“.
- Seit mehr als 35 Jahren Gewerkschaftsmitglied und mehr als 30 Jahren Mitglied der SPD.
- Stellvertretende Vorsitzende des SPD-Unterbezirkes Köln.
- Mitglied im Vorstand des Landesverbandes der Volkshochschulen, im Innovationskreis Weiterbildung des BMBF und im Expertengremium der Uni Heidelberg und des Nationalen Forums Beratung und im Bereit „Beratung in der beruflichen Weiterbildung“ des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW.

## Andreas Kossiski

### Chorweiler, Riehl, Niehl, Weidenpesch, Longerich, Mauenheim (LWK 16 Köln IV)

---



- Geboren am 11. Juni 1958 in Itzehoe; geschieden, 2 Söhne.
- 1974 bis 2003 Polizeibeamter in Schleswig-Holstein.
- Studium an der Polizeiführungsakademie Münster, Diplomstudiengang Fundraising in Freiburg/Schweiz.
- Ab 2004 Polizeibeamter in NRW .
- Seit 2009 Vorsitzender der DBG-Region Köln-Bonn.
- Seit 1978 Mitglied der SPD.
- Vorstandsmitglied der Sozialdemokraten in der Polizei in Schleswig-Holstein.
- Seit 2011 Beisitzer im UB-Vorstand der KölnSPD.

## Jochen Ott

### Porz, Merheim, Brück, Rath/Heumar (LWK 17 Köln V)

---



- Geboren am 9. Mai 1974 in Köln.
- Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften.
- Studienrat an der Gesamtschule Brühl.
- Seit 1992 Mitglied der SPD.
- Seit 2001 Vorsitzender der Köln SPD.
- Seit 2004 Mitglied des Präsidiums der NRWSPD.
- Seit 2004 Mitglied des Rates der Stadt Köln.
- Seit 2008 stellvertretender Landesvorsitzender der NRWSPD
- Homepage:  
[www.jochen-ott.de](http://www.jochen-ott.de)

## Lisa Steinmann

### Stadtbezirk Lindenthal (LWK 14 Köln II)

---



- Geboren 1966 in Köln.
- Studium der Regionalwissenschaften Lateinamerika.
- Selbständige Veranstaltungskauffrau.
- Seit 2000 Mitglied der SPD.
- Ehrenamtliche Tätigkeiten bei ‚Interkulturelles Coaching‘ (Integrationsbegleitung, Dolmetschen & Übersetzungen) und ‚Teamer gegen Rassismus‘ (Durchführung von Bildungsveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus & Rassismus).
- Seit 2004 Mitglied der Bezirksvertretung Lindenthal, Köln (Fraktionsvorsitzende) .
- Seit 2009 Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Soziales & Senioren.
- Homepage:  
[www.lisa-steinmann.de](http://www.lisa-steinmann.de)

### Joachim Gauck ist neuer Bundespräsident – seine Antrittsrede beeindruckte

Am 18. März ist der ostdeutsche Protestant **Joachim Gauck** von der Bundesversammlung zum neuen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Gauck erhielt 991 von 1228 gültigen Stimmen, das entspricht knapp 80 Prozent. Der 72-jährige evangelische Theologe und ehemalige Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde ist damit der elfte deutsche Bundespräsident.

Nach seiner Wahl sagte Joachim Gauck im Plenum: „Was für ein schöner Sonntag!“ Er erinnerte an die einzigen freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990. „Zum ersten Mal in meinem Leben im Alter von 50 Jahren durfte ich in freier Wahl abstimmen“, sagte Gauck. Er habe sich damals gesagt: „Ich werde niemals eine Wahl versäumen.“ Er stellte klar: „Ich kann mich nicht denken ohne Freiheit, aber auch nicht ohne die Praxis der Verantwortung“. Es sei beglückend, wie viele Menschen ihn zuvor ermutigt hätten, sich dieser Wahl zu stellen. Er werde nicht alle Erwartungen erfüllen können – aber: „Ich sage Ja mit dem Herzen und mit allen meinen Kräften zu dieser neuen Verantwortung.“ Er wolle sich nun auf neue Themen und Personen einlassen. „Ich will eine lebendige Bürgergesellschaft!“



Unmittelbar vor der Wahl kamen die Wahlmänner und Wahlfrauen der SPD zu einer gemeinsamen Fraktionssitzung im Otto-Wels-Saal zusammen. Fraktionschef **Frank-Walter Steinmeier** hatte zuvor geäußert, dass Joachim Gauck einen Lebenslauf vorweise, der zeige, dass Werte wie Demokratie und Freiheit nicht bleiben, wenn die Menschen sich nicht kümmern. Joachim Gauck wird die Würde des Amtes schnell wieder herstellen, so ist sich Steinmeier sicher. Gauck sei ein „Demokratielehrer“, wie er ihn sich nicht besser vorstellen könne, sagte er zum Auftakt der Fraktionssitzungen der SPD in der Bundesversammlung. Joachim Gauck sei „der richtige Präsident zur richtigen Zeit am richtigen Ort.“

Die 332 Delegierten, darunter prominente Persönlichkeiten wie die Schauspieler **Senta Berger** und **Jan Josef Liefers**, der Komiker **Ingo Appelt**, die Sportlerin **Verena Bentele**, die Gewerkschafter **Michael Sommer** und **Ber-**

**thold Huber** und weitere Vertreter aus Wissenschaft und Kultur, begrüßten ihren Bundespräsidentenkandidaten Gauck mit großem Beifall.

Als Gauck in die Sitzung der SPD-Delegierten kam, sagte Steinmeier, der Moment erfülle ihn und die SPD-Fraktion mit Ehre und Stolz. Joachim Gauck sagte zu den Delegierten, dieser Moment sei eine „bewegende Begegnung“. Die enorme Zustimmung berühre ihn tief.



In seiner Antrittsrede am 27. März im Bundestag betonte der neue Bundespräsident zunächst die historische Schuld der Deutschen für die Verbrechen während des Nationalsozialismus - und würdigte die Leistungen der 68er-Generation. Gauck betonte aber auch die Bedeutung der Aufarbeitung der SED-Diktatur - dies sei kein Paradigmenwechsel, sondern eine Paradigmenergänzung, so Gauck.

Er unterstrich zudem die Bedeutung des Sozialstaats. Menschen dürften nicht den Eindruck haben, sie seien nicht Teil der Gesellschaft, weil sie arm, alt oder krank seien. Gauck betonte auch den Zusammenhang zwischen Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Freiheit sei eine "notwendige Bedingung von Gerechtigkeit". Umgekehrt sei "das Bemühen um Gerechtigkeit unerlässlich für das Bewahren von Freiheit".

Der Staat definiere sich zunehmend durch eine politische und ethische Wertegemeinschaft. Es gebe keine "Schicksalsgemeinschaft" mehr, sondern ein Streben der Unterschiedlichen nach dem Gemeinsamen. Man dürfe aber nicht aus falsch verstandener Korrektheit die Augen vor realen Problemen verschließen. Bei Fragen des Zusammenlebens dürfe man sich aber nicht von Ängsten und Ressentiments leiten lassen.

Der Bundespräsident sagte zur rechtsextremen Bedrohung in Deutschland, dieser Hass sei ein Ansporn. "Wir schenken Euch auch nicht unsere Angst", sagte Gauck, die Rechtsextremen würden Vergangenheit sein, die Demokratie werde leben. Auch religiöser Fanatismus werde in Deutschland keine Chance bekommen.

Er bat die Bürger um Vertrauen - für sich und alle, die politische Verantwortung tragen.

### SPD erarbeitet Regierungskonzept für zeitgemäße Internet-Infrastruktur

Die SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet derzeit ein Konzept für eine zukunftsfähige Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur, das Grundlage der künftigen Infrastrukturpolitik im Bund werden soll. Das Ziel ist es, in einem breit angelegten gesellschaftlichen Dialog zu einem Konsens darüber zu kommen, welche Infrastruktur wir in Zukunft in Deutschland brauchen und wie wir ihre Planung und Finanzierung künftig besser organisieren können.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Breitbandversorgung. Die SPD will ihren Ausbau beschleunigen, denn eine ausgebaute digitale Infrastruktur ist unverzichtbar für eine moderne demokratische Gesellschaft und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, hat **Martin Dörmann** mit der von ihm geleiteten Projektgruppe Telekommu-

nikationsnetze in den vergangenen Monaten im Rahmen mehrerer Workshops mit Fachleuten aus Wissenschaft, Unternehmen und Verbänden erörtert. Das gebündelte Wissen dieser Sitzungen ist in ein Dialogpapier eingeflossen, das von der Fachöffentlichkeit und auch von interessierten Bürgerinnen und Bürgern noch bis zum Mai kommentiert werden kann.

Am 10. Mai wird Martin Dörmann zusammen mit seinen Fraktionskollegen **Hubertus Heil** und **Sören Bartol** sowie namhaften Experten aus der Branche das Ergebnis des Dialogprozesses im Reichstagsgebäude vorstellen und dieses diskutieren. Alle Ergebnisse zusammen sollen dann Grundlage für ein Regierungskonzept der SPD-Bundestagsfraktion zum Breitbandausbau sein.

→ Das Dialogpapier zum Breitbandausbau ist eingestellt unter [www.martin-doermann.de/live/wp-content/uploads/2012/03/120322-Dialogpapier-TK-Netze-EF.pdf](http://www.martin-doermann.de/live/wp-content/uploads/2012/03/120322-Dialogpapier-TK-Netze-EF.pdf)

## Medienpolitik

### SPD fordert gesetzliche Absicherung des Presse-Grosso

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen fordern in einem gemeinsamen Bundestagsantrag die Bundesregierung auf, zusammen mit den Ländern eine gesetzliche Verankerung des neutralen Pressevertriebssystems Presse-Grosso sicherzustellen (Drs. 17/8923). Nach jüngsten Entscheidungen des Bundesgerichtshofes und des Landgerichtes Köln ist der Erhalt des neutralen Presse-Grosso akut gefährdet.

**Martin Dörmann** begründete den Antrag als medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundes-

tag: „Zeitungen und Zeitschriften sind keine Ware wie jede andere, sondern Kulturgüter, die zudem in unserer demokratischen Gesellschaft einen wesentlichen Anteil an der politischen Willensbildung haben. Somit ist es von herausragender Bedeutung, dass die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit großen und kleinen Zeitungen und Zeitschriften überall in Deutschland gewahrt bleibt und nicht von einzelnen Großanbietern dominiert wird.“

### Bundestagsrede von Martin Dörmann in der Plenardebatte am 22. März

Die Vielfaltssicherung in unserer Medienlandschaft ist ein wesentliches Element zur Stärkung unserer Demokratie. Ein zentraler Baustein hierfür ist das Presse Grosso. Es sichert eine flächendeckende und diskriminierungsfreie Vertriebsstruktur für Presseerzeugnisse und schafft damit faire Wettbewerbsbedingungen zwischen kleinen und größeren Verlagen.

Das Presse Grosso ist der bedeutendste Vertriebsweg für Zeitungen und Zeitschriften in Deutschland. Es besteht aus 67 zumeist mittelständischen und unabhängigen Presse-Grossisten, die täglich mehr als 120.000 Presseverkaufsstellen mit einem vielfältigen Angebot versorgen. Prinzipiell kann man jeden Titel auch noch am kleinsten Zeitungskiosk auf dem Dorf erhalten. Zum Vergleich: die um ein Mehrfaches größeren USA haben insgesamt nur 25.000 Verkaufsstellen mehr, die zudem durch das dortige reine Zeitschriftengrosso nur wöchentlich und nicht täglich beliefert werden.

Unser erfolgreiches Grosso-System ist nun durch ein kürzlich ergangenes Urteil des Landgerichts Köln infrage gestellt. Deshalb fordern die Bundestagsfraktionen von

SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in einem gemeinsamen Antrag eine gesetzliche Verankerung des Presse Grosso.

Es darf nicht sein, dass größere Verlage einen prinzipiell besseren Zugang zu Verkaufsstellen haben oder aufgrund ihrer Wirtschaftsmacht günstigere Konditionen aushandeln können. Hierdurch würde sich die Wettbewerbssituation für kleinere Verlage nachhaltig verschlechtern. Innovative neue Zeitschriftentitel und Nischen-Verlage ohne hohe Auflagen hätten das Nachsehen. Die Folgen wären absehbar: Über kurz oder lang würde eine Reduzierung von Pressetiteln drohen und damit der Meinungsvielfalt schwerer Schaden zugefügt.

Das dürfen wir nicht zulassen. Denn Zeitungen und Zeitschriften sind keine Ware wie jede andere, sondern Kulturgüter. Zudem ist eine lebendige Demokratie darauf angewiesen, dass die Presselandschaft möglichst vielfältige Meinungen transportiert und Großverlage kleinere Verlage nicht allein wegen ihrer Marktmacht an den Rand drängen können.

Warum ist hierfür das Presse-Grosso-System von so großer Bedeutung? Die Presse-Grossisten sind das Verbindungsglied zwischen den Verlagen und den Presseverkaufsstellen. Sie unterhalten ein aufwändiges Vertriebsnetz, organisieren die Lieferung der einzelnen Titel vor Ort und erhalten dafür eine bestimmte Marge. Von zentraler Bedeutung ist, dass nicht die Verlage bestimmen, an wen wie viel geliefert wird und wo die Verlagsprodukte wie präsentiert werden. Vielmehr hat der Presse-Grossist insofern eine Dispositionsfreiheit. Dabei muss er aber nach objektiven Kriterien vorgehen und darf einzelne Titel nicht diskriminieren. Hierdurch wird sichergestellt, dass kleine und neue Publikationen gleichberechtigt neben Kassenschlagern liegen können. Umgekehrt hat die Verkaufsstelle ein sogenanntes Remissionsrecht, das heißt, nichtverkaufte Titel können an den Grossisten zurückgegeben werden. Das wirtschaftliche Risiko trägt insofern der Grossist.

Diese Vertriebsstruktur hat sich bewährt und gilt europaweit als vorbildlich. Es gibt jedoch eine Besonderheit, die nun kartellrechtlich vom Urteil des Landgerichts Köln infrage gestellt ist. Die Konditionen werden in der Regel nicht von den einzelnen Presse-Grossisten individuell mit den Verlagen ausgehandelt. Vielmehr verhandelt auf der Seite der Presse-Grossisten der Bundesverband Presse Grosso für seine Mitglieder. Hierdurch wird sichergestellt, dass größere Verlage gegenüber kleineren nicht besser gestellt werden und weniger zahlen, weil sie ein größeres Druckpotential haben, sondern gleiche Maßstäbe für alle gelten. Dieses gemeinsame Verhandlungsmandat des Bundesverbandes Presse Grosso hat das Landgericht Köln als kartellrechtswidrig bezeichnet und damit der Klage des Bauer-Verlages gegen den Bundesverband Presse Grosso stattgegeben. Dieser hat inzwischen Berufung eingelegt, so dass das Urteil noch nicht rechtskräftig ist.

Das System Presse Grosso ist aber zu wichtig, als dass wir das Risiko eingehen sollten, dass ein höchstrichterliches Urteil den Streit früher oder später endgültig entscheidet. Vielmehr ist es an der Zeit, das Grosso-System politisch zu stützen und endlich gesetzlich abzusichern.

In der Vergangenheit war das nicht notwendig, weil sich die gesamte Branche 2004 auf eine „Gemeinsame Erklärung“ verständigt hat, durch die das Grosso-System gestaltet wurde. Dieser lange bestehende Konsens wurde von dem genannten Großverlag aufgekündigt, weil er individuell bessere Konditionen aushandeln will.

Da es um eine Kartellrechtsfrage geht, bedarf es nun einer Absicherung des Presse Grosso im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB). Insofern ist es ein glücklicher Umstand, dass ohnehin eine GWB-Novelle ansteht. Die Bundesregierung hat angekündigt, in der nächsten Woche einen Gesetzentwurf im Kabinett zu verabschieden. Nach allen bisherigen Verlautbarungen der Bundesregierung sowie der sie tragenden Koalitionsfraktionen ist allerdings davon auszugehen, dass die gesetzliche Absicherung des Presse Grosso kein Bestandteil des Gesetzentwurfes sein wird. Dies bedauern wir sehr, zumal sich selbst die Bundeskanzlerin bei den Zeitschriftentagen im November 2011 noch für eine Absicherung

ausgesprochen hat. Und insgesamt sind sich jedenfalls die Medienpolitiker aller Parteien über die große Bedeutung des Presse Grosso einig.

Wir fordern die Bundesregierung auf, jetzt unverzüglich die gesetzliche Absicherung des Presse Grosso auf den Weg zu bringen. Die Regelung sollte den Grossisten das zentrale Aushandeln von Handelsspannen durch ihren Berufsverband ermöglichen.

Zusätzlich flankiert werden könnte dies durch eine gesetzliche Verankerung des Presse Grosso auch in den Pressegesetzen der Länder. Ich freue mich, dass die rot-grüne Landesregierung in NRW an dieser Stelle deutlich Position bezogen hat und auf Länderebene initiativ geworden ist. Infolgedessen hat sich Anfang März die Konferenz der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder für eine Sicherung des Presse Grosso ausgesprochen. Hierzu wurde eine länderoffene Arbeitsgruppe unter Federführung von NRW und Bayern eingesetzt, an der sich auch der Bund beteiligen soll. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Initiative der Länder zu unterstützen und ihren Beitrag zur gesetzlichen Verankerung des Presse-Grosso zu leisten. In diesem Zusammenhang sollte auch geprüft werden, inwieweit eine Schlichtungsstelle für Streitfragen zwischen den Verlagen und den Grossisten etabliert werden kann. Hierdurch könnte sichergestellt werden, dass zwischen den Beteiligten faire Konditionen ausgehandelt werden, die niemanden benachteiligen.

Sicherlich stellt sich die Frage, wie eine solche Regelung gerichtsfest und europarechtskonform im GWB verankert werden sollte. Hierzu haben der Bundesverband Presse Grosso, der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) sowie der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) einen gemeinsamen Vorschlag vorgelegt, der unter den genannten Gesichtspunkten geprüft werden sollte.

Zum Stichwort Medienvielfalt noch ein Hinweis: im Rahmen der geplanten GWB-Novelle beabsichtigt die Bundesregierung Änderungen des Pressefusionsrechts. Wir sind sehr gespannt, was die Bundesregierung uns letztlich im Einzelnen als Gesetzesentwurf vorlegen wird. Wir werden den Entwurf kritisch prüfen, insbesondere auf seine Auswirkungen auf die Medienvielfalt in Deutschland. Auch das wird eine interessante Debatte werden. In diesem Zusammenhang bedauern wir sehr, dass die Bundesregierung bislang die Mediendatenbank noch nicht vorgelegt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat, obwohl für diese seit 2009 Mittel im Bundeshaushalt eingestellt sind. Die hierzu gefertigten Gutachten sollten nun schnell veröffentlicht werden, damit wir eine bessere Datengrundlage über Angebot, Nutzerverhalten und Konzentrationstendenzen in der deutschen Medienlandschaft haben.

Einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherung der Medienvielfalt könnte die Bundesregierung in jedem Falle dadurch leisten, dass sie unsere Initiative für eine gesetzliche Absicherung des Presse Grosso unterstützt. Die Zeit ist reif – und die Zeit drängt. Wir dürfen das bewährte System des Presse Grosso nicht aufs Spiel setzen.

### SPD: Durch Mediendatenbank mehr Transparenz im Pressemarkt herstellen

Seit vielen Jahren gibt es zu wenig grundlegende Informationen und Daten beispielsweise hinsichtlich der Formen der (crossmedialen) Zusammenarbeit und Verflechtungen im Medienbereich. Der letzte Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung, der Ende 2008 vorgelegt wurde, bestätigte die bestehenden Informationsdefizite im Bereich der traditionellen und der neuen Medien. Aus diesem Grund hat der Deutsche Bundestag bereits 2009 auf Initiative der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Errichtung einer Mediendatenbank beschlossen, die – aufbauend auf den Ergebnissen der Medien- und Medienkonzentrationsforschung – belastbare Daten zu den Angebots- und Anbieterstrukturen enthalten soll. Die Mediendatenbank sollte bereits Ende 2011 auf der Webseite des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien veröffentlicht und für die Allgemeinheit zugänglich sein. Das ist bis heute nicht geschehen.

**Martin Dörmann:** „Die Datenbank sollte auf ausdrücklichen Wunsch des Gesetzgebers hin vor allem als Grund-

lage für medien- und kommunikationspolitische Entscheidungen dienen. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Änderung der Pressefusionskontrolle vorgelegt. Offensichtlich hat sie dabei aber die Datenerhebungen aus der „Mediendatenbank“ nicht als Entscheidungsgrundlage herangezogen, sondern beruft sich lediglich auf Schätzungen.“

Rot-Grün fordert die Bundesregierung in einem Bundestagsantrag auf, die Daten aus den für die Mediendatenbank in Auftrag gegebenen Studien vorzulegen und die Mediendatenbank für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Weitreichende medienpolitische Entscheidungen wie die in der 8. GWB-Novelle vorgesehenen Änderungen des Pressefusionsrechtes sollten auf einer möglichst belastbaren Datengrundlage basieren. Daneben soll die Bundesregierung weitere Instrumente zur Förderung von Medienvielfalt prüfen. Ziel ist es, die vielfältige Medienlandschaft zu erhalten und weiter zu fördern.



## Pressefreiheit

### SPD will Medienangehörige gegenüber Ermittlungsbehörden stärken

In der Vergangenheit ist wiederholt gegen Medienangehörige wegen Beihilfe zum Geheimnisverrat ermittelt worden. Anlass für die Ermittlungen war oftmals die Verbreitung von Informationen, die den Journalisten unbefugt zugespielt wurden. Die Ermittlungen dienten dabei meistens nicht der strafrechtlichen Verfolgung der Journalisten, sondern der Identifizierung ihrer Informanten.

**Martin Dörmann:** „Durch den Tatvorwurf der Beihilfe konnte jedoch das Beschlagnahmeverbot gegenüber Journalisten umgangen werden. Auf diese Weise konnte eine Beschlagnahme in Redaktionsräumen stattfinden – das Redaktionsgeheimnis und das Vertrauensverhältnis zu Informanten waren dadurch nicht mehr geschützt. Dieser Umstand schränkt die Medien in ihren Hauptfunktionen, der Rechercharbeit und kritischen Berichterstattung, ein.“

Deshalb hat die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Pressefreiheit (Drs. 17/9144) ins Plenum eingebracht. Darin fordert sie, dass eine Beschlagnahme

bei Medienangehörigen nicht zulässig sein soll, wenn es sich bei dem Tatvorwurf um Beihilfe zu einer Straftat handelt, bei der sich die Beihilfehandlung auf die Entgegennahme, Recherche, Auswertung oder Veröffentlichung des Geheimnisses, des Gegenstandes oder der Nachricht, zu deren Geheimhaltung eine besondere Verpflichtung besteht, beschränkt. Darüber hinaus soll eine Beschlagnahme gegenüber Medienangehörigen nur mit einer richterlichen Anordnung möglich sein.

Die Bundesregierung und Bündnis 90/Die Grünen haben ebenfalls Gesetzesentwürfe vorgelegt. Für ein Beschlagnahmeverbot gegenüber Journalisten soll demnach nicht mehr der einfache Verdacht ausreichen, sondern es muss ein dringender Verdacht auf Verstrickung bestehen. Allerdings sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung nur eine Strafflosstellung der Beihilfe vor, nicht aber der Anstiftung. Außerdem ist es notwendig, Änderungen im Prozessrecht vorzunehmen, damit Redaktionsgeheimnis wie auch Informantenschutz gewahrt bleiben.

### SPD-Fraktion fordert für Zustimmung Wachstumsprogramme in Europa

Am 29. März begannen die Beratungen über den europäischen Fiskalpakt für mehr Haushaltsdisziplin. In das Plenum eingebracht wurde auch der Gesetzentwurf der Koalition zum dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM. Union und FDP würden beide Gesetzentwürfe am liebsten noch vor der Sommerpause verabschieden. SPD und Grüne warnen jedoch davor, den Fiskalpakt ohne ausreichende inhaltliche und rechtliche Prüfung zur Abstimmung zuzulassen. Hier ist Schwarz-Gelb auf die Stimmen der Opposition angewiesen, da in Bundestag und Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass im Zuge des Fiskalpaktes auch Wachstumsprogramme für wirtschaftlich angeschlagene Euro-Länder aufgelegt und eine europäische Finanzmarkttransaktionssteuer eingeführt wird. Beim Fiskalpakt, der auf Druck Deutschlands auch nationale Schuldenbremsen vorsieht, ziehen bisher 25 der 27 EU-Länder mit. Er muss aber noch national umgesetzt werden.

In der Debatte sagte SPD-Fraktionschef **Frank-Walter Steinmeier** in Richtung von Unions-Fraktionschef Kauder und Bundesfinanzminister Schäuble: „Erst hieß es von Ihnen, es gebe bei der EFSF keine Hebelung, dann sollte es keine ESM-Aufstockung geben; alles war innerhalb weniger Wochen dann doch Thema.“ Genauso sei es mit der Haftungsgrenze für Deutschland von 211 Milliarden Euro gewesen: Erst sei behauptet worden, sie erhöhe sich niemals, nun sei von 280 Milliarden Euro die Rede. Steinmeier: „Machen Sie Schluss mit den Halbwahrheiten, damit schaden Sie nicht nur sich, sondern vor allem der gesamten Politik. Darum wenden sich die Menschen ab.“ Es sei für die SPD immer klar gewesen, dass die Summe nicht reiche. Steinmeier warf Kauder vor, den

Bürgern „Sand in die Augen zu streuen“ und fügte hinzu: „Sagen Sie offen und ehrlich, was auf unser Land zukommt.“

Der Fraktionsvorsitzende erklärte, er teile den Optimismus von Schäuble in Bezug auf das Wirtschaftswachstum in Europa nicht. Es falle schließlich auf, dass neben den ohnehin gefährdeten Ländern etwa nun auch die Niederlande ins Minuswachstum gerieten. „Wir wissen alle, dass diese Krise nicht in wenigen Jahren überwunden sein wird“, so der Fraktionsvorsitzende. Denn ESM und Fiskalpakt seien nur Zwischenstationen. Am Ende müsse für die SPD ein Europa stehen, das „Werte schöpft und nicht der Wurmfortsatz der Finanzmärkte ist“.

Die Vorstellung von FDP, die SPD werde dem Fiskalpakt ohnehin zustimmen, sei, so Steinmeier, „genau jene Unernsthaftigkeit, mit der Sie Politik betreiben und wegen der Sie in die Bedeutungslosigkeit geschickt werden“.

Im Übrigen, stellte Steinmeier klar, sei es die SPD gewesen, die in der Großen Koalition darauf gedrungen habe, dass die Schuldenbremse gilt.

Steinmeier machte in der Debatte deutlich, was die SPD bei den Verhandlungen um den Fiskalpakt erwartet: nicht nur fantasieloses Sparen, sondern Erklärungen, wie in Europas gefährdeten Ländern Wachstum entstehen soll. Es müssen die europäischen Strukturfonds ausgeschöpft werden, und es muss über Projektfonds diskutiert werden. Einer der drängendsten Punkte sei es, Konzepte gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen EU-Staaten zu entwickeln. Und endlich müsse auch eine europaweit geltende Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Hier agiere die Bundesregierung viel zu zögerlich.

## Gesundheit

### SPD-Fraktion beschließt Papier zur Weiterentwicklung der Pflege

Wenn Menschen pflegebedürftig werden, dann tritt dies meist für die Betroffenen und ihre Angehörigen sehr plötzlich ein. Vieles muss dann überlegt, organisiert und mit den Sozialversicherungsträgern abgestimmt werden. Menschen, die pflegebedürftig werden, wollen in ihren eigenen vier Wänden oder mindestens in ihrem Wohnumfeld bleiben.

Oft sind die Angehörigen damit überfordert, vor allem, wenn sie berufstätig sind. Viele pflegende Angehörige, und das sind hauptsächlich Frauen, geben ihre Arbeit auf um für den Pflegebedürftigen da zu sein. Damit erhöht sich für sie das Risiko, später selbst in Altersarmut zu geraten.

Am 27. März – einen Tag bevor das schwarz-gelbe Kabinett den Gesetzentwurf aus dem Bahrschen (FDP) Gesundheitsministerium verabschiedet hat – hatte die SPD-Fraktion ihr umfassendes Positionspapier zur Pflege-reform beschlossen. Das sogenannte Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz der Bundesregierung kritisiert die SPD-Fraktion als „Etikettenschwindelgesetz“ und völlig unzureichend. Es lässt einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, der nicht nur die körperlichen Fähigkeiten, sondern auch geistige und mentale Einschränkungen einbezieht, außen vor.

Im Konzept der SPD-Fraktion ist ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff der Dreh- und Angelpunkt, denn nur so könnten Ungerechtigkeiten zwischen der Versorgung von Demenzzkranken und anderen Pflegebedürftigen vermieden werden, sagte SPD-Fraktionsvizein **Elke Ferner**. Ein von der damaligen SPD-Gesundheitsministerin **Ulla Schmidt** eingesetzter Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriff hatte bereits im Januar 2009 seinen umfangreichen Bericht vorgelegt. Die Vorschläge konnten auf Grund der ablehnenden Haltung der Union von der Großen Koalition nicht mehr umgesetzt werden. Die Ergebnisse des Beirats schiebt FDP-Gesundheitsminister Daniel Bahr beiseite. Er will stattdessen erneut eine Kommission einsetzen, wodurch wertvolle Zeit verplempert wird.

Auch die Medizinischen Dienste der Krankenversicherung (MDK) fordern eine zügige Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Die jetzt von Bahr angekün-

digten Leistungsverbesserungen seien ihrer Meinung nach kein Ersatz für grundlegende Änderungen zugunsten der Demenzkranken.

### **Durch neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff – Demenzkranke besser berücksichtigen**

Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff solle „niemanden schlechter, aber viele besser stellen“, erklärte **Hilde Mattheis**. Vor allem Demenzkranke könnten so eine angemessene Versorgung erhalten. Durch eine umfassende Prävention und Rehabilitation solle die stationäre Einweisung verhindert oder hinaus gezögert werden. In ihrem Positionspapier fordert die SPD-Fraktion eine Stärkung der ambulanten Versorgung sowie von Prävention und Rehabilitation. Außerdem soll der Ausbau der kommunalen Pflegeinfrastruktur und der aufsuchenden Pflegeberatung vorangetrieben werden.

### **Pflegende Angehörige besser unterstützen**

Um die pflegenden Angehörigen besser zu unterstützen, plant die SPD-Fraktion die „Kurzzeit- und Verhinderungspflege“ ausbauen. Dazu sollen die Ansprüche pflegender Angehöriger von Demenzkranken von derzeit 1510 Euro auf 3020 Euro für acht Wochen je Kalenderjahr steigen.

Bei plötzlich eintretender Pflegebedürftigkeit wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten analog zum Kinderkrankengeld einen Anspruch auf Lohnersatzleistung für bis zu zehn Tage erhalten. So lange können sie bislang eine Freistellung – allerdings ohne Lohnausgleich – beanspruchen. Die von Schwarz-Gelb eingeführte Familienpflegezeit von sechs Monaten will die SPD-Fraktion in ein flexibles Zeitbudget umwidmen. Auch dafür soll es einen Anspruch auf Lohnersatzleistung geben. „Wir wollen Pflegepersonen weiter entlasten“, sagte Elke Ferner. Die Potenziale der Familie, der Nachbarschaften, des ehrenamtlichen Engagements müssten gestärkt und mit professionellen Pflege- und Betreuungsstrukturen verknüpft werden. Dabei müssten die Bedürfnisse von pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund in der Hilfeplanung berücksichtigt werden.

„Nötig ist eine umfassende sozialräumliche Planung, damit sowohl das Wohnumfeld als auch ambulante Betreuungsformen und Hilfeangebote den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen vor Ort entsprechen“, erklärte Hilde Mattheis. Die soziale Pflegeversicherung genieße eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Daher müsse sie im Zuge einer Pflegereform gestärkt werden.

### **Gute Arbeit in Pflegeberufen schaffen**

Für die Pflegekräfte wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Ausbildung verbessern und ein attraktives Berufsumfeld schaffen, das Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Zudem soll das Image der Pflegeberufe durch eine Informations- und Imagekampagne gestärkt werden. In der Pflege dürfe auch nicht nur ein Mindestlohn gezahlt werden, sagte Elke Ferner, sondern ein Lohn, von dem die Beschäftigten gut leben könnten. Ziel müssten flächendeckende Tarife und gleiche Löhne in Ost- und Westdeutschland sein.

### **Für eine bessere Pflege akzeptieren die Menschen höhere Beiträge**

Für die Verbesserungen durch das Pflegekonzept der SPD-Fraktion benannte die stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin Hilde Mattheis Kosten in Höhe von 6 Milliarden Euro. Allein für die Erweiterung von Leistungen durch den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff wurden 4 Milliarden Euro kalkuliert. Zur Finanzierung der Mehrausgaben wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Beiträge zur Pflegeversicherung um 0,6 Prozentpunkte erhöhen. Damit könne die Pflege in Deutschland bis ins Jahr 2020 finanziert werden. Elke Ferner verwies darauf, dass Umfragen gezeigt hätten, dass die Bevölkerung höhere Beiträge für eine bessere Pflege akzeptiere.

Die SPD-Fraktion spricht sich deshalb klar gegen die von Schwarz-Gelb kapitalgedeckte private Pflegezusatzversicherung aus. Sie will die solidarische Finanzierung zu einer Bürgerversicherung Pflege ausbauen.

→ **Das Positionspapier zur Pflegereform ist eingestellt unter**  
[www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_datei/0,,15923,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15923,00.pdf)

## **SPD-Fraktion für Abschaffung der Praxisgebühr**

In den letzten Wochen war von den sprudelnden Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der sich daraus ergebenden Überschüsse bei den Kassen und im Gesundheitsfonds zu lesen. Die vollen Kassen der GKV sind Anlass für einen neuen Streit bei Schwarz-Gelb.

Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Karl Lauterbach**, forderte am 21. März in einer Aktuellen Stunde angesichts der guten Kassenlage der GKV, auf die 10 Euro Praxisgebühr pro Quartal zu verzichten. Sie habe ohnehin die beabsichtigte, steuernde Wirkung – die Senkung der Facharztbesuche – verfehlt. Zusätzlich verursache die Praxisgebühr viel Verwaltungsaufwand auf Seiten der Ärzte und bei den Krankenkassen. Stattdessen soll die hausarztzentrierte Versorgung weiter ausgebaut werden.

Die Praxisgebühr hatte der heutige bayerische Ministerpräsident Seehofer 2003/2004 bei Verhandlungen zur Gesundheitsreform durchgesetzt. Die Union lehnt die Abschaffung der Praxisgebühr ab. Die FDP wirbt aus Wahlkampfaktik in Schleswig-Holstein um die Streichung der „Seehofergebühr“ und stellt sich damit gegen ihren unentschiedenen Gesundheitsminister **Daniel Bahr**, der diesen Schritt bis Ende des Jahres prüfen will. Das erneute Koalitionschaos geht zu Lasten der Krankenversicherten, die weiterhin die Gebühr zahlen müssen. Lachender Dritter ist Finanzminister Schäuble (CDU), der den gesetzlich Krankenversicherten unterdessen 2 Milliarden Euro zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes entwendet.

## Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

### Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatter der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

### Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

## Die Büros in Berlin und Köln

### Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

#### Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,  
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340  
Tel.: 030 / 227 734 18  
Fax: 030 / 227 763 48  
martin.doermann@bundestag.de

#### Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),  
Dr. Matthias Dahlke  
Marcel Röthig

#### Öffnungszeiten

Sitzungswochen  
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr  
Sitzungsfreie Wochen  
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr  
Fr.: 9 bis 17 Uhr

### Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327  
51143 Köln (Porz)  
Tel.: 02203 / 521 44  
Fax: 02203 / 510 44  
martin.doermann@wk.bundestag.de

#### Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),  
Nadesha Klugiewicz,  
Ralf Steinmeier (Webmaster)

#### Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 18 Uhr  
Fr.: 10-14 Uhr

### Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212  
51103 Köln (Kalk)  
Tel.: 0221 / 870 43 02  
Frank.heinz@landtag.nrw.de

#### Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

#### Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr  
Do.: 14 bis 17 Uhr  
Fr.: 12 bis 15 Uhr

### Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b  
50672 Köln (Innenstadt)  
Tel.: 0221 / 169 195 77  
Fax: 0221 / 169 195 79  
koelner-spd-mdb@netcologne.de

#### Mitarbeiterin

Renate Dinkelbach

#### Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr

## Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Die Sitzungswochen **2012**: 3., 4., 6., 9., 10., 12., 13., 17., 19., 21., 24., 26., 27., 37., 39., 42., 43., 45., 47., 48. und 50. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

[www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html](http://www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html)

## BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

### HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,  
Deutscher Bundestag,  
Platz der Republik 1,  
10111 Berlin

### REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),  
Nadesha Klugiewicz

### BILDNACHWEIS

Büro Dörmann S. 1, 2, 4, 5, 13;  
Philip brohl-weißlich.fotografie S. 3;  
franz-muentefering.de S. 6;  
Büro Schwingkopf: S. 7;  
SPD-Landtagsfraktion S. 8;  
Stephan Gatter S. 8;  
Andreas Kossiski. S. 9;  
Jochen Ott S. 9;  
©2012 BILDSCHEIN – Das schnelle Bildnetzwerk GmbH S. 10.

### ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa fünfmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

### E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:  
[martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de)  
(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

### FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

### HOMEPAGE

[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)

